

# Der bolschewistische Fünfjahresplan und die Wirklichkeit

Auf dem 16. Parteitag der Bolschewiki verkündete Stalin das Symbol aller Leninisten, daß Rußland mit Riesenschritten der Vollendung des „sozialistischen Aufbaus“ entgegengeht. Nicht weniger als 10 Stunden brachte er dem 12. Stunden wurden schon dazu verwendet, um dies mit einem unerschweren Zahlenmaterial zu „beweisen“. Die Industrialisierung mache gewaltige Fortschritte. Unter angeblich brausendem Beifall stellte Stalin fest, daß die Sowjetunion am Vorabend der Verwandlung von einem Agrar- zum Industriestaat stehe. Während in den kapitalistischen Ländern die Lebenshaltung der Massen sich immer mehr auf absteigender Linie befände, hob sich das Lebensniveau der Massen in der Sowjetunion immer rascher. An Hand von Tatsachenmaterial aus der russischen Presse, dem Organ der Gewerkschaften „Trud“, konnten vier Wochen nachweisen, daß das nicht der Fall ist.

Für heute wollen wir uns damit begnügen, an Hand von russischen Pressematerial, wieder aus dem Gewerkschaftsorgan „Trud“, zu zeigen, daß der „gewaltige Fortschritt“ in der Produktion eine Phrase ist. Dort, wo eine Steigerung der Produktion stattgefunden hat, resultiert dies aus Krisen der Qualität der Produkte, d. h. sie waren unter aller Kanone. Und gerade die, die für den Massenverbrauch in Frage kommen, der „sozialistische Wettbewerb“, von dem Stalin sprach, der die Produktion fördern soll, das ist die verschärfte Ausbeutung des russischen Proletariats, um unter dem Deckmantel des „sozialistischen“ Wettbewerbs, die Industrialisierung — die nur kapitalistisch ist, zu forcieren. Die sozialistischen Gewerkschaften sind diejenigen, die diesen Wettbewerb unter den Proletariern in den Betrieben durchzuführen haben. Wir werden nun die russische Presse über die industrielle Entwicklung Rußlands sprechen lassen.

Ueber die industrielle Entwicklung Rußlands berichtet die Nr. 279 des „Trud“. Bei dem folgenden Bericht handelt es sich um die Sormowwerke bei Nischni-Nowgorod, wo fast 20.000 Arbeiter beschäftigt sind.

Planlosigkeit und Unwirtschaftlichkeit; das ist eine alte Krankheit der Werke. Unter der Planlosigkeit leidet besonders schwer die Schiffsverft. Wenn man in die Werft hinunterkommt, zwischen den Ungeheuern der ungeheuren Kähne einhergeht und mit den Arbeitern spricht, betäubt einem die Tatsache, Tausende von Tatsachen mit ihrer Reichhaltigkeit und ihrem Anprall wie der Lärm der Hämmer von Hunderten von Zimmerern an den Kähnen. Die Schiffsverft hat sich unter allen anderen Abteilungen der Werke mit ihrem Programm am meisten blamiert. Nach dem Programm sollte sie im Laufe des Jahres 24 Schiffe liefern, und hat insgesamt — vier Millionen Rubel — über 200 Millionen Rubel verloren. Die Hälfte der schlimmsten Mängel des Baues zugehörig, d. h. des Leerlaufs und der Ueberarbeit. Am Leerlauf verzeihen wir 370.000 Arbeitsstunden. Ueberarbeit verzeihen wir 862.000 Stunden! Heute haben die Arbeiter nichts zu tun, morgen werden sie im Uebermaß überstunden beladen.

Die Arbeit nach dem Fünfjahresplan hat aber noch eine andere Schattenseite, auch dann, wenn die vorgesehenen Leistungen von den Fabriken erfüllt werden. Das Anwachsen der Produktion ist verbunden mit einer Verschlechterung der hergestellten Waren. Und so waren die Gewerkschaften im Frühjahr dieses Jahres gezwungen, eine Kampagne zur Verbesserung der Qualität der Produktion durchzuführen. Der „Trud“ vom 1. Februar d. J. berichtet:

Im Jahre 1928/29 hatten wir eine radikale Verschlechterung der Qualität der Produktion sowohl in der Produktion als auch in der Qualität der Waren.

Die hier angeführten Berichte beziehen sich meistens auf das Jahr 1929. Die Ergebnisse des letzten Wochen voll von Berichten über die schlechten Ergebnisse der Produktion zum Beispiel auch in den Putilow-Werken.

mittelproduktion als auch in der Erzeugung der Gegenstände des Massenverbrauchs. Das Volkswirtschaftsministerium und die Bauernkontrolle der UdSSR, stellte eine Erhebung über die Qualität der industriellen Massenverbrauchsgegenstände an. Diese Erhebung hat gezeigt, daß Ausschüsse massenhaft als gute Ware auf den Markt gebracht wird. Faktisch erreicht der Ausschuss in einer Reihe von Betrieben 50 und mehr Prozent. Das gilt für fast alle von der Erhebung erfaßten Industriezweige.

Zum Beispiel wird von der Weberei „Proletarische Manufaktur“ in Tweri die Ausschussware mit 7 Proz. der gesamten Erzeugung angegeben; das Volkswirtschaftsministerium für Arbeiter- und Bauernkontrolle mußte aber von dem reinen Rohgewebe 46 Proz. d. h. beinahe die Hälfte, für unbrauchbar erklären. Von den 114 Stück Trikotasen, die bereits in der Prüfstelle des Textilsyndikats der Sowjetunion überprüft worden waren, erwiesen sich sämtlich als untauglich für die Verarbeitung in der Konfektion. In der Fabrik „Der schlaue Arbeiter“ gab es nicht einen Meter Rolseide ohne Webfehler. In der Fabrik „Sturmvozel“ in Leningrad waren von 310 Paar Schuhen der höchsten Qualität 107 Paar defekt. In der Fabrik „Pariser Kommune“ wurden bei der Prüfung von 554 Paar Schuhen 239 Beanstandungen vorgenommen. In der Fabrik „Skorochod“ in Leningrad mußten von 1142 Paar Schuhen 430 beanstandet werden.

In der Konfektion ist fast bei jedem der überprüften Gegenstände ein Schaden festgestellt worden. Bei den Jakets war die eine Seite länger als die andere, die Größenmaße der Jakets und Hosen waren nicht aufeinander abgestimmt, die Ärmel waren nicht richtig eingesetzt usw.

Die Erzeugnisse der Chemiefabrik (Ziegel, Röhren) führen zu endlosen Klagen. Besonders laut sind dabei die Beschwerden der Hüttenwerke, der Eisenbahnen und anderer Verbraucher. Ueber die Güte der roten Ziegel braucht nicht viel gesagt zu werden; im Dampferbau findet man häufig Ziegel, die in der Hand des Maurers zerbröckeln.

Ueber die Tagung einer Konferenz zur Lösung der Warenqualitätsfrage berichtet das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates: „Sowohl die Bezuhler der Waren (industrielle Werke, die Rolstoffe und Halbfabrikate von anderen Industriebetrieben beziehen müssen. Die Red.), als auch die Vertreter der Industrieverbände haben die Verantwortung für die schlechte Qualität der Waren nicht in der Hand der Produzenten, sondern in der Hand der Käufer.“

Die Arbeit nach dem Fünfjahresplan hat aber noch eine andere Schattenseite, auch dann, wenn die vorgesehenen Leistungen von den Fabriken erfüllt werden. Das Anwachsen der Produktion ist verbunden mit einer Verschlechterung der hergestellten Waren. Und so waren die Gewerkschaften im Frühjahr dieses Jahres gezwungen, eine Kampagne zur Verbesserung der Qualität der Produktion durchzuführen. Der „Trud“ vom 1. Februar d. J. berichtet:

Im Jahre 1928/29 hatten wir eine radikale Verschlechterung der Qualität der Produktion sowohl in der Produktion als auch in der Qualität der Waren.

Die hier angeführten Berichte beziehen sich meistens auf das Jahr 1929. Die Ergebnisse des letzten Wochen voll von Berichten über die schlechten Ergebnisse der Produktion zum Beispiel auch in den Putilow-Werken.

Die hier angeführten Berichte beziehen sich meistens auf das Jahr 1929. Die Ergebnisse des letzten Wochen voll von Berichten über die schlechten Ergebnisse der Produktion zum Beispiel auch in den Putilow-Werken.

als es die Interessen der Industrie verlangen, das weiß das Kapital sehr genau.

## Das Exempel der Schuhindustrie

Steigende Produktion — sinkende Belegschaftsziffern. Was das Proletariat aus der Rationalisierung noch zu erwarten hat, das zeigt ihm das Beispiel der Schuhindustrie. Vor ein paar Jahren stieg der tschechische Schuhkönig Bata mit seinen billigen Schuhen nach dem deutschen Markt vor. Die Produktion wurde gedrosselt, die Arbeitslosigkeit unter den Schuharbeitern erreichte Riesenziffern. Das deutsche Schuhkapital rationalisierte seine Betriebe und außerdem erhielt es Schutzzölle auf Kosten der Konsumenten. Das Blatt hat sich gewendet. Bata ist aus dem Felde geschlagen, die Einfuhr sinkt, die Ausfuhr steigt, die Schuhe sind — im Inlande — im Preise gestiegen, das Schuhkapital hat Hochkonjunktur und scheidet Profite im Großen.

Im Juni 1930 wurden 105.957 Paar Lederschuhe (gegen 115.899 Paar im Juni 1929) nach Deutschland eingeführt. Dies bedeutet einen Rückgang um 32 Prozent. Die Ausfuhr von Lederschuhen stellte sich im Juni auf 249.080 (174.250) Paar. Es wurden also 43 Prozent mehr Lederschuhe zu sgeführt als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Gegenüber dem Mai 1930 mit einer Ausfuhr von 227.465 Paar ist indessen ein Rückgang von 23,5 Prozent zu verzeichnen.

Der Wert der Lederschuheinfuhr stellte sich im Juni auf 1.153.000 Mark, der Lederschuhsaufuhr auf 2.591.000 Mark. Es ergibt sich somit im Juni ein Aktivsaldo von 1.438.000 Mark und ein mengenmäßiger Ausfuhrüberschuß von 143.123 Paar. Für das erste Halbjahr 1930 ergibt sich bei einer Einfuhr von 498.598 Paaren (gegen 558.868 Paare im ersten Halbjahr 1929) und einer Ausfuhr von 2.005.718 (1.177.236) Paar ein Aktivsaldo von 1.507.120 Paar gegen ein Passivsaldo von 481.632 Paar im ersten Halbjahr 1929. Wenn man die Einfuhr im ersten Halbjahr 1930 auf 5.763.000 (15.576.000) Mark die Ausfuhr auf 21.060.000 (13.610.000) Mark, was ein Aktivsaldo von 15.297.000 Mark gegenüber einem Passivsaldo von 1.966.000 Mark im ersten Halbjahr 1929 entspricht.

Im Gegensatz zum Lederstrom hat die Schuharbeiterschaft nicht nur keinen Anteil, seine Löhne sind selbst gegenüber den schlechtesten Zeiten der Schuhindustrie noch verschlechtert, die Ausbeutung immens gesteigert. Das wichtigste ist, daß trotz der enormen Produktionssteigerung die Belegschaftsziffern noch zurückgegangen sind! Gerade in Pirmasens, derjenigen Schuhstadt, die an dieser Produktionssteigerung den Löwenanteil hat, ist die Arbeitslosigkeit größer denn je zuvor! In Pirmasens werden das Exempel der Schuhindustrie noch nachmachen.

Die Entlassungswelle. In der gesamten Berliner Metallindustrie sind die Kapitalmagnaten dazu übergegangen, Hunderte und Tausende von Arbeitern und Angestellten zu entlassen. So bei Siemens, Borsig, Bergmann, Jen ADZ-Betrieben, Orestein, NAG usw.

Die Daimler-Benz-Werke (Stuttgard) beabsichtigen, in nächster Woche wiederum 750 Arbeiter und Angestellte zu entlassen. Die Entlassungen werden mit der allgemeinen Wirtschaftslage und dem schlechten Geschäftsgang begründet. In der Robert Bosch (Stuttgard) beabsichtigt 200 Arbeiter zu entlassen. Insgesamt wurden hier bisher 1000 Arbeiter entlassen.

In Rabenau und Umgegend wurden 1000 Holzarbeiter entlassen, weil sie sich nicht einen Abbau der Tariflöhne bieten lassen wollten.

Bei der Firma Rüsselshelm (Frankfurt a. M.) werden in diesen Tagen 2100 Arbeiter entlassen. In dem Neuroden Hunger- und Unglücksgebiet sollen neue Stilllegungen vorgenommen werden. Es ist bereits die Schließung der Balsta-Grube in Schlesien bewilligt. Von Eisen neuen Betriebsanlagen werden nahezu 700 Bergarbeiter betroffen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A-G. will 1200 Arbeiter entlassen.

Die Harpener Bergbau-A-G. entläßt auf der Zeche Uebersenau 120 und auf der Schachtanlage Robert Müller 150 Mann. Die Gelsenkirchener Bergbau-A-G. entläßt 325 Mann der Belegschaft.

Dazu kommen die Entlassungen von 600 Mann beim Vereinigten Stahlwerken durch die Stilllegung des Friedrich-Eb-Stollens im Bochumer Bezirk, so daß insgesamt rund 2400 Bergarbeiter auf dem Straßenschild der Arbeitslosigkeit zu stehen.

Im Siegerlande Erzebergbau sind erneut 700 Bergarbeiter entlassen worden.

Für das Gebiet Arnberg (Essen) entlassen ebenfalls eine Reihe von Zechen. 2630 Arbeiter kommen hier in Frage.

Nach Mitteilungen des Postministers Schöler in den Geschäftsberichten der Reichspost sind bis jetzt rund 5000 Proletariat auch bei der Reichspost entlassen worden. Ein Beweis dafür, daß die Krise auch bei den Arbeitern der Staatsbetriebe nicht Halt macht.

# Kommunistische Arbeiterzeitung



Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands  
Berlin, 16. August 1930  
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 626 42.  
Buchhandl. i. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.  
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

## Die Wahlen als Schachklappen

Der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, der Altmeister der Arbeiterklasse, Karl Marx, wies schon vor Jahrzehnten darauf hin, daß, wenn die kapitalistische Ordnung nicht mehr in der Lage ist, ihre Sklaven innerhalb dieser Ordnung zu ernähren, daß dann die Sklaven die Aufgabe haben, sich gegen ihre Herren zu erheben, um sich ihrer zu entledigen.

Wir leben heute immerhin in einer Periode des Kapitalismus, wo derselbe von Krise zu Krise eilt und wo die nächstfolgende immer schärfer ist, wie die vorausgehende. Und je schärfer die Krise, um so schärfer auch die Auswirkungen derselben auf das Proletariat. Der kapitalistische Wiederaufbau hat schon ungeheure Opfer vom Proletariat gefordert. Das Proletariat bezahlte die Zeche des Ruhrkrieges, indem es durch die Hölle der Inflation gelangt wurde. Es bezahlte die Zeche für die vom Kapital im Jahre 1926 eingeführte Rationalisierung, die nach der Auffassung der Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine Epoche bringen sollte, wo die Frucht der Rationalisierung die „Dollarsone“ sein wird, die dem deutschen Proletariat den Segen bringt. Sie wurde das Gegenteil. Mit ihr begann eine Epoche der verschärften Ausbeutung des Proletariats.

Jene vom Kapital damals eingeführte Rationalisierung konnte den wachsenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung nicht auflösen. Heute durchschüttelt den Kapitalismus eine Krise, wie sie die kapitalistische Epoche noch nicht gesehen hat. Die Tatsache, daß Millionen feiern müssen, und für die übrigen eine bis ins Ungemessene Steigerung der Ausbeutung auf der Tagesordnung steht, demonstriert der Arbeiterklasse, daß der Kampf um den Sozialismus nur der Ausweg ist, ja — die Tagesfrage geworden ist.

Die Sklaven jedoch tragen demütig ihr Joch. Ihre Herren schwingen immer rücksichtsloser die Peitsche. Hier und da begehrt ein kleiner Teil auf; jedoch nicht, um sein Joch endgültig abzuschütteln, sondern nur, damit die Ketten etwas gelockert werden.

Die Lage wird immer schwieriger. Die Notierungen an der Börse für Effekten (Industriewerte) sind stark zurückgegangen. Eine Kapitalflucht nach dem Ausland, wie jüngst im Jahre 1918, als durch das Proletariat für das Kapital Gefahr im Verzuge war, ist an der Tagesordnung. Die Preise für Industrie- sowie für Agrarwaren sind am Weltmarkt gefallen. Der Konkurrenzkampf gestaltet sich dadurch für die deutsche Bourgeoisie immer wahnwitziger.

Eine neue Rationalisierungswelle bricht sich Bahn. Immer weitere Scharen von Proletariern müssen erfahren, daß sie überflüssig geworden sind in der Produktion. Endgültig macht das Kapital auch keinen Halt vor den sogenannten „Proletariern mit dem Stehrücken“ — den Angestellten, und wirft auch sie in Masse in die Arme der Ueberflüssigen. Nachdem die Steuerlöhne schon einen indirekten Lohnabbau faktisch gebracht hat, nimmt das Kapital jetzt noch einen direkten Lohnabbau vor. Denn die „Kapitalbildung“, von der man so viel schreit, kann nur realisiert werden, wenn das Kapital dazu übergeht, die Produktionskosten zu senken. Das ist nun einmal insbesondere der Preis der Ware Arbeiterkraft der Proleten — sprich Lohn. Die Waren müssen eben billiger hergestellt werden, um der Konkurrenz auf dem Weltmarkt standzuhalten.

Die Bourgeoisie pfeift bei ihrem Feldzug auf die Löhne auf alle laufenden Tarifverträge. Sie hält sie nur so lange inne, wie es ihr genehm ist. Die Gewerkschaften beantworten das Handeln des Kapitals mit absoluter Tarifritze. Sie befolgen das Gebot ihres Herrn, hübsch in der Hitze zu bleiben. Wo die Proleten sich trotzdem erheben, weisen sie dieselben in die Schranken, denn die Haltbarkeit für die Auswirkungen einer Streikbewegung zumungunsten des Kapitals hassen sie wie die Pest. Die Leute haben doch alles Interesse daran, daß ihr finanzieller Apparat nicht erschüttert wird. Wo die Proleten bei Ablauf eines Tarifvertrages den Versuch machen, ihre

## Die Staatspartei! Ein lehrreiches Beispiel

Das ist nun also doch ganz gut, daß die „demokratische“ Partei verreckt ist! Ein Fragezeichen muß man schon dahintersetzen, denn: sie hat doch immer gesagt, daß es nicht auf Quantität, sondern auf Qualität ankommt, und sie hat bei jedem Wahlkladderatsch pomphaft verkündet, daß gerade ihre Schwindsucht beweise, wie notwendig eine Partei sei, die sich durch keinerlei Fehlschlüge in ihren Prinzipien beirren lasse.

Hat sie gesagt. Den Mottepostlern, den Klatschweibern beiderlei Geschlechts. Denen, die sich sonst nicht um Politik kümmern, denen, die keinen Tag länger leben würden, wenn politische Dummheit Schmerzen bereiten würde.

Die haben noch nicht einmal gemerkt, wie ein paar Kommerzien-, Aufsichts- und sonstige Räte und Geldgrößen sich zusammensetzen und beschließen, daß besagte demokratische Partei einfach als Firma von der Bildfläche zu verschwinden hat. Man ist zwar immer stark am dem demokratischen „Prinzip“ herumgeritten, aber man wußte, daß die Mitglieder, die doch eigentlich zu „bestimmen“ haben, ja nur noch bestimmen können, wenn es noch etwas zu bestimmen gibt. Was es vordem ja auch nie gegeben hat. Halt! Ein paar „entschiedene Demokraten“ sind übriggeblieben, wie in einer Ecke der „Weltbühne“ zu finden ist. So etwas gibt es auch!

„Anderen Tags erschienen in allen Zeitungen, die den Geldsackeln gehören, viele große Artikel unter knallenden Ueberschriften. Diese Demokraten haben eine neue Partei gegründet. Ohne Mitglieder. Die kommen dann schon. Wozu haben sie denn ihre Zeitungen und ihre Schreiber!

Das ist nicht „demokratisch“! Das ist eben der Paragraph 48 der Demokratie! Die Mitgliedschaft bestimmt, solange es nichts zu bestimmen gibt, oder so lange sie nach der Pfeife der Herren tanzen. Das ist in den demokratischen Parteien so, und in demokratischen Staat genau so.

Die Staatspartei hat natürlich auch ein „Programm“. Sie will aus der Erge von „Schwarz-rot-gold“ und „Schwarz-weiß-rot“ hinaus. Und dann will sie die Sanierung der Finanzen. Deshalb sind die doch vertreten vom „Jungdeutschen Orden“ bis zu den Reichsbannerleuten, Pazifisten, Juden, Antisemiten, Stahlhelmer. Und dann hofft man auf den Haufen Esel, dem man jeden Tag zweimal in der Zeitung einbläst, daß die „Staatspartei“ dafür sorgt, daß keine neue Revolution oder Inflation den „Notpfennig“ frißt. Man spekuliert darauf, daß die Partei wohl bis nach den Wahlen hält, — dann haben die hundttausende Narren, die man entling, ja ihre Schuldigkeit getan.

Das hat folgenden Grund: Die zufriedenen Trottel werden rabiat, daß man sie hungern läßt. Und von Hunger werden heute nicht nur einige Millionen Erwerbslose gepackt. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit sitzt allen im Nacken, und der Abbau der Löhne, direkt und durch Steuern und Zölle, macht auch die stutzig, die sich sonst „nicht mit Politik befassen“. Die gottgewollte Ordnung des Kapitalismus, die kaum die zehn Millionen Menschen, die sie im Kriege verlor, verdaut hat, hat Appetit, gesteigerten Appetit, reißt ihren Rachen nicht minder weit im Frieden auf. Ein Zittern geht durch die Massen der Kleinbürger, wie das Zittern eines Kanariens vor dem Maul der Riesenschlange, die es verschlingt. Und dadurch kommt die „Demokratie“ in Gefahr. Eine Zeit-

lang konnte man diese kopfschen gewordenen Elemente den Nationalsozialisten“ zuschieben. Aber nur eine Zeitlang. Der Hunger wird nicht gestopft mit „Idealismus“. So wurden die Reihen auch der Nazis zersetzt, der soziale Gegensatz ist nicht zu überbrücken. Bleibt der Zörgel mit seiner Gummiknippelgarde, wenn es nicht anders geht. Aber der Teufel, wenn der Acheron in Bewegung kommt, kann niemand wissen, was wird. Also wenn irgend möglich: „Demokratie!“

Da sagte man nun dem großen Haufen: Seht, ihr alle wollt doch, daß es wieder gemüht wird, daß sich die Kommunisten und Nazis nicht immer prügeln, daß ein arbeitsfähiger Reichstag zustande kommt, daß es keine Inflation gibt. Helft uns. Wir wollen aus dem „Chaos“ heraus. Wollten ever bestes. Ihr seid doch „anständige Leute“. Wir können euch nicht zumuten, daß ihr ehrsamem Bürger Nazis wählt oder Kommunisten, deshalb haben wir für euch extra eine funkelgelbe Partei geschaffen.

So hofft man einmal diejenigen, die die Nase voll haben von dem parlamentarischen Theater, in das Wahllokal zu bringen. Dann hofft man, den Nazis die Stimmen abzunehmen, die durch diese Politik enttäuscht sind. So daß eine „kräftige Mitte“ da ist, und — die große Koalition möglich wird; denn die Sozialdemokratie möchte vor allen Dingen wieder mitregieren. Die Situation ist insofern nicht ungesund, als mittlerweile durch die „Notverordnungen“ eine Erbschaft geschaffen wird, an der man nachher beim „besten Willen“ nicht rütteln kann. Von wegen Respektierung der Verfassung.

Daß die „Demokraten“ die Initiative zu dieser „Umgruppierung“ ergriffen, hat seinen Grund darin, daß das Kapital der Fertigungsindustrie, das Handels- und Bankkapital, das noch nicht konzentriert ist, nicht ruhig zusehen konnte, wie die Partei dieser Kapitalgruppen von der Bildfläche verschwand. Es hofft, es auf eine möglichst starke Vertretung im neuen Reichstag zu bringen, um gemeinsam mit der Sozialdemokratie seine „Belange“ besser vertreten zu können.

Die Proletariat jedoch weiß an diesem Beispiel wieder einmal erkennen, daß der Parlamentarismus lediglich eine Angelegenheit der Bourgeoisie ist. Sie können die Demokratie „retten“, indem sie für das Kapital eine „parlamentarische Möglichkeit“ schaffen, legal niedergehalten zu werden. In anderen Falle platzt die Demokratie, — weil der Bankrott dieser Ordnung den Nutznießern dieser Ordnung über den Kopf gewachsen ist.

Staatspartei! Schon der Name ist eine Provokation. Was ist dieser Staat für den Arbeiter: Hunger, Gummiknippel, Zuchthaus!

Was folgt daraus? Die proletarische Pflicht, alles zu tun, um dem Proletariat einzuhaarnern, daß jeder Tag, den das Proletariat verzögert, indem es sich in den Strudel des parlamentarischen Betrug hineinzieht, läßt die Opfer vermehrt, die diese Ordnung verschlingt.

Dem verklogenen Parlamentarismus muß das Proletariat entgegenzusetzen die Schaffung von Betriebsorganisationen, um durch die geschlossene Aktion der Arbeiterklasse den Kapitalismus und seinen Staat zu zertrümmern, um durch die proletarische Revolution die Tore zu öffnen zu einer natürlichen Menschengemeinschaft: zum Kommunismus!

Bedingungen dem Kapital zu unterbreiten, da finden die Beamten aus den Gewerkschaftssystemen immer wieder die Entgegnung, daß die Zeitverhältnisse, von wegen der schlechten Konjunktur, es nicht erlauben, das Maß voll zu nehmen, wie es nur sein kann. Auf einen „Kampf“ gegen das Kapital kann es ihnen heute gar nicht mehr ankommen. Sie selbst verkünden ja nicht erst in jüngster



# Eine korrupte Partei und ihre Zuhälter

In den nächsten Wochen werden die parlamentarischen Kleinbürger sämtlicher Schattierungen ihre Sensation haben. Wie vor einem Pflanztag haben die Regisseure der einzelnen Parteien ihre „Sieg“ versprechenden Glanznummern den mit offenem Maul gaffenden Unternehmern präsentiert. Alle werden nun in der nächsten Zeit im Schweiß ihres Angesichts dem Lämmler Volk zu beweisen versuchen, daß vieles oder doch manches besser wird, wenn ihr von unserer Gattung recht viele wählt, und daß das Heim für geistig Minderbemittelte für das Proletariat doch noch eine wertvolle Bedeutung hat.

Eine Sorte verstiegt sich sogar zu der Behauptung, daß alles besser würde, ja sogar das Reich des Sozialismus nahe sei, wenn „wir Sozialdemokraten“ die Mehrheit bekämen. Diese uralt übergealterte Massenbetrug läßt der Held darauf, wie gottbegnadet die Konkurrenz den Artikel 48 handhabt, fast platzen. Nach der Auflösung des vorigen Reichstages klagte der „Vorwärts“ wie ein alter Waschweib, daß die „Vorkämpfer“ über vieles mit sich im Ernst hätte reden lassen. Allen hätten sie haben können, bei nur einigermaßen gutem Willen und Verstand.

In der Tat, die Vergangenheit dieser Partei verpflichtet jeden Arbeiter, ihr in diesem Fall auf Wort zu glauben. Gleichlaufend spielt sich in dem Saustal ihrer „Linken“ Schwester eine Komödie ab, die schon das Gelächter der ganzen Welt hervorgezogen hat, aber auch nur in einer Partei möglich ist, die nur als Clown des parlamentarischen Schmeicheleiers figuriert.

Die Angelegenheit ist zwar in Verbindung mit der Thälmann-Wittorf-Affäre von der ganzen sozialdemokratischen Presse behandelt worden, und nur deswegen wärmten die „Wahlkämpfer“ in die Versenkung gestellt, weil die Folgen die daraus entstehen könnten, für die Gralshüter des Parlamentarismus nicht erwünscht sind. Nur zu gut weiß die Sozialdemokratie, daß wer selbst im Glashauss sitzt, nicht mit Steinen werfen darf.

Unter der Überschrift: „Kann ein bestechlicher Lump kommunistischer Reichstagsabgeordneter sein?“ bringt das Brandler-Organ „Gegen den Strom“ Nr. 30 folgendes:

„Wir haben in Nr. 24 eine Mitteilung veröffentlicht, wonach Herr Willi Low von der Parteistellenverwaltung werden sollte, wegen der sozialdemokratischen Presse, die bekanntlich Herr Low seit Jahr und Tag die denkbar schwersten Vorwürfe in der allerbestimmtesten und konkretesten Form erhebt zu klagen. Wir geben bereits damals unseren Zweifeln an der Richtigkeit dieser Mitteilung Ausdruck, obwohl diese von einem in allgemeinen gut unterrichteten Parteimitglied, für die Gralshüter des Parlamentarismus, als eine unzulässige Parteimitteilung, auch bei einer Reihe ZK-Mitgliedern, das Bewußtsein regte wurde, daß der Fall Low eine unzulässige Belastung und eine schwere Schädigung der kommunistischen Bewegung darstellt. Aus solchen Erwägungen mag die Absicht entstanden sein, endlich diesen skandalösen, überheblichen Fall durch eine Gerichtsverhandlung zu bereinigen. Das ist ja, auch in der Tat, der einzig mögliche Ausweg für eine Partei, die auf Sauberkeit in ihren Reihen achtet.“

Entweder hat Herr Willi Low eine saubere Weste, dann wird eine Gerichtsverhandlung zur Verurteilung der sozialdemokratischen Parteistellenverwaltung, oder Herr Low ist tatsächlich ein Dieb und ein käuflicher Lump, dann hat er, so sollte man meinen, in den Reihen der KPD, keinen Platz mehr, denn ist es eine Schmach und Schande, wenn ein solcher Bursche Mitglied des ZK, und kommunistischer Reichstagsabgeordneter sein darf.

Aber es ist so gekommen, wie wir vermuteten. Willi Low blieb in Amt und Würden. Von einer Klage ist nichts bekannt geworden. Herr Low ist im Gegenteil in der letzten Zeit wieder mächtig in den Vordergrund gestellt worden, so daß anzunehmen ist, daß diese Partei der Mitgliedschaft von einer korrupten Bürokratie wiederum als Reichstagskandidat vor die Nase gesetzt wird.

Kann man sich eine schlimmere Mißachtung der Parteimitgliedschaft und eine schärfere Bräkierung und Schädigung der kommunistischen Bewegung ausdenken?

Was wird dem Low vorgeworfen? Er wird beschuldigt, zu wiederholten Malen Gelder der Organisation für sich verbracht zu haben. Darunter Gelder für poli-

tische Flüchtlinge und von Angehörigen politischer Gefangener. Diese Vorwürfe gehen auf das Jahr 1921 zurück. Herr Low ist weiter vorgeworfen, daß er sich im Jahre 1926 durch unzulässige Manipulationen über die Inseratexpedition 5000 RM, zu beschaffen wußte, um damit einen angeblichen Verlust in gleicher Höhe auszugleichen.

Herr Low wird beschuldigt, im RFB, ein besonderes Konto für seine persönlichen Zwecke geführt zu haben, und daß er sich, um sich vor einer lästigen Kontrolle zu sichern, mit allerhand fragwürdigen Gestalten im RFB, umgeben habe.

Herr Low wird vorgeworfen, daß er die dem RFB, und den politischen Gefangenen gestohlenen Gelder mit käuflichen Weibern in anrüchlichen Lokalen verjubelte, und daß er an solchen Abenden Zechen von 100 RM, und mehr zu machen pflegte.

Low wird vorgeworfen und dieser Vorwurf ist von dem ehemaligen Generalsekretär des RFB, Pütz, in allen Einzelheiten bezeugt worden, daß er sich von Lieferanten des RFB, bestechen ließ, und daß er auf diese Weise den RFB, zu seinem eigenen Vorteil um Tausende von Reichsmark geschädigt hat.

Von diesen und anderen schweren Vorwürfen hat sich Herr Low bis heute nicht bereinigt. Obwohl ihm die „Leipziger Volkszeitung“ vor allen wieder und wieder auferforderte, Straftatzen zu stellen. Die sozialdemokratische Presse schließt natürlich diesen Fall seit langem gerichtlich aus. Kann man es ihr verdenken, daß sie in dem Ausweichen Leows ein Eingeständnis seiner Schuld sieht? Und so erleben wir es denn tatsächlich seit langer Zeit, daß die Organe einer Partei, die selbst durch und durch korrupt ist, mit ihrer staatsverhetzenden Politik, die große Teile der Arbeiterklasse verachtet und korrumpiert hat, sich als Vorkämpfer für Sauberkeit und Rechtschaffenheit ausgeben.

Soweit das Brandler-Organ, die große Teile der Arbeiterklasse verachtet und korrumpiert hat, sich als Vorkämpfer für Sauberkeit und Rechtschaffenheit ausgeben.

Was jetzt in der gleichen Nummer als „Begründung“ ihrer Stellung im Wahlkampf folgt, ist ein so starkes Gewächs, daß ein Pferd davon getötet werden könnte. Der Schreiber des Artikels, h. b. (Böttcher?) gezeichnet, belehrt seine Mamen in folgender Weise:

Wir können aber auch keine Wahlabsistenz im Wahlkampf vertreten, oberhalb und gerade weil das Schweregewicht des Kampfes außerhalb des Parlamentes liegt. Wir müssen trotz der ultralinken Phrasenpolitik der offiziellen KPD, für die Wahl von Kommunisten eintreten. Wir können das bei schärfster Kritik ihrer unkommunistischen Gesamtpolitik ohne Preisgabe unserer Grundsätze. Die Politik der Reichstagsfraktion ist nicht ultralink, im Reichstag hat die KPD, alle jene Forderungen aufgenommen und vertreten, die wir wiederholt zum Ausgangspunkt der kommunistischen Massenbewegung außerhalb des Parlamentes machen wollten. Die offizielle Parteiführung der KPD, hat es aber kategorisch abgelehnt, außerhalb des Parlamentes in den breiten Massen ihre Paragrafenpolitik anzuwenden. Angelegen von unserer Forderung der Fortzahlung der Löhne auf Kosten der Unternehmer bei der Ruhrausperrung 1928, bis zur Zustimmung für das Amnestiegesetz — obgleich dadurch auch die Fernemörder amnestiert wurden — und die Forderung der Sozialdemokratie, die Politik der Reichstagsfraktion von ihren opportunistischen Entschlüssen gesäubert, und zum Ausgangspunkt einer Politik der Massenmobilisierung durch die Gesamtpolitik gemacht werden, der Einfluß der SPD, und Gewerkschaftsbürokratie auf die Arbeitermassen wäre viel geringer, die kämpfende Einzelfront gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus im Kern länger geschaffen, gegen den Willen der SPD, und Gewerkschaftsbürokratie.

Also trotz der Tatsache, daß die Partei „durch und durch korrupt“ ist, werden die Kretins um Brandler aufgefordert, diese korrupte Partei und damit „den bestechlichen Lump“ zu wählen. Drastischer kann die Zuhälterrolle der Brandler- und ihre politische Degeneration wohl nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden. In einer der nächsten Nummern unserer Zeitung werden wir auch die Korkenzieherpolitik der „orthodoxen“ Leninisten beleuchten.

## Autokapital als Welt herrscher

Zwei Konzerne beherrschen 65 Prozent des Weltbedarfs. Wo die Konzentration des Kapitals noch inkommensurabel wird und welche Stellung in der Beherrschung der Welt einige Industrieriesen noch erklimen werden, das kann man schon heute eindeutig an 2 USA-Autokonzernen erkennen. Es sind dies die Ford Motor Co. und die General Motors Co.

Mitten in die scharfe Rückgangskurve der USA-Wirtschaft platzte Ford am 11. Juli mit der Stilllegung seiner Betriebe in Detroit („wrecked Inventurabnahme“), an der Welt zu zeichnen, was eine Härte ist.

84 Prozent aller Autos der Welt sind amerikanisch. 65 Prozent davon liefern Ford und General Motors. Ford hat davon den Löwenanteil, da er bekanntlich die General Motors schon wieder überflügelt hat. Die USA-Autoindustrie ist ein derartig wichtiger Abnehmer von Rohstoffen, Eisen und Stahl, Lack, Leder, Glas, Holz usw., daß beim dauernden Wegfall der Rohstoffabnahme (und durch die Kaufkraftschwächung durch den Lohnausfall der eigenen Arbeiter) auch nur eines dieser Autogiganten die ganze nordamerikanischen Staaten-Union einfach zusammenbrechen müßte. Es ist aber an-tamerikanisch-natürlich, daß Ford bei der Wiederöffnung seiner Betriebe am 5. August wie ein Glückbringer verherrlicht wird. Das ist nämlich die Absicht, denn es ist der schlechteste Ford, schon sind es in der Hauptsache die beiden Riesen, die bestimmend und ausschlaggebend für die amerikanische Wirtschaft und dadurch auch politische Herrscher — nicht nur in Amerika, sondern endlich in der Welt — sind, laut die Puste ausgehen und den anderen schicksalhaft.

Was das bedeutet? Eine soeben herausgekommene Statistik des Department of Commerce (des USA-Handelsministeriums) gibt darauf die Antwort. Einschließlich der Werke des amerikanischen Kapitals, wie z. B. Opel, Fiat usw., hat die ganze Europa nur 10 Prozent der Weltproduktion. Während, wie oben schon gesagt, der Rückgang der Produktion in den USA, um 20 Prozent sank, stieg der (ebenfalls zurückgegangene) Ausfuhranteil an der Gesamtproduktion von

6 auf 7 Prozent. Den Anteil an der Belieferung der Welt durch die USA, mag folgende Tabelle beleuchten:

Automobilbestand am 1. Januar 1930.			
Personen-	Autobusse	Lastkraft-	Ein
Stück	Stück	Stück	Stück
Amerika	1000	1000	1000
Brasilien	127	98	15
Kanada	1029	100	18
Australien	462	31	22
Indien	96	72	19,5
Südafrika	126	85	12
Belgien	90	45	1,0
Frankreich	928	100	35,1
Deutschland	469	38	11,5
Schweden	98	90	2,5
England	905	11	41,5
Japan	53	99	4,5
Mexiko	53	99	4,5
Niederland.	62	85	7,3
Ostindien	62	85	7,3

In Deutschland, England, Frankreich und Schweden schreibt der Amerikaner deshalb so niedrig, weil die USA-Autoindustrie in diesen Ländern selbst Werke unterhält. In einer ganzen Anzahl Länder, wie z. B. Venezuela, Columbia, Ecuador, Cuba usw., ist die USA, 100prozentig vertreten, da hier die Aufmachung von USA-Werken durch keine eigene Industrie dieser Länder erzwungen wird. In den europäischen Staaten unterhält das Autokapital Zwickelwerke, um die Löhne der amerikanischen Arbeiter zu zücken.

Nach der erwähnten Statistik waren in 1927 Ländern (was so ziemlich die ganze Welt bedeutet), 33,13 Millionen Autos vorhanden, gegen 12,50 Millionen 1922. Die Steigerung bedeutet fast 200 Prozent. Die obige Tabelle zeigt, daß die USA-Industrie den Zuwachs fast allein bestritten hat. Die Autokratie darf nicht als Folge, sondern in einer bestimmten Wechselwirkung als Ursache des Weltwirtschaftsrisikos angesehen werden, wenigstens für die akute Depression. Der Markt ist über-sättigt, das Verkaufszentrum vollgestopft. Von der Stöckung in der Motorisierung der Welt hängt sehr eng ab die Produktions-mittelindustrie. Die Autoindustrie der zweiten und dritten Welt ist ein wichtiger Faktor der Weltwirtschaft; sie ist ein wichtiger Faktor der Weltwirtschaft abhängig ist. Die Autoindustrie als der zuerst ansteigende Gradmesser der künftigen Wirtschaftsgestaltung deutet jedenfalls darauf hin, daß an eine Wirtschaftsbelebung auf längere Zeit nicht zu denken ist. Die Situation, die einigen Industriekönigen

die Herrschaft über die ganze Welt in die Hände spielt, beginnt. Die Lärer und das Verkaufszentrum — auch bei anderen Industrien — werden künftig immer so voll Waren gestopft sein, daß solche Experimente, wie sie Ford von Zeit zu Zeit, zuletzt vom 11. Juli bis 5. August, versuchte, für das Kapital einfach notwendig sein werden. Würden diese Funktion nicht schon jetzt erfüllt sein, würden diese Arbeiter nicht schon jetzt die Gewerkschaften durch ihre Streikaktionen als Regel befolgen. Bei weiterer Konzentration werden die lokalen und Branchenstreiks der Gewerkschaften für das Kapital eine noch stärkeren Maße ein-fache und von vornherein in ihren Etat ein kalkuliertes Notwendigkeit sein. Erstens um die Arbeiter gruppenweise zu schwächen und zu zermürben, um sie von größeren Aktionen ab-zuhalten, und zweitens, um Luft in die verstopften Lager und Verkaufszentren zu bekommen.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie sehen die Situation schon heute sehr klar. Die Wahlmacht und die Führerschaft sind für die Narkotika, die Arbeiter vor dem Denken abzulenken. Die Arbeiter müssen sich aber bewußt werden, daß es vor-völliger Sklaverei, vor der Vernichtung von Millionen heute überflüssiger Arbeitskräfte keinen anderen Ausweg mehr gibt, als große Massenaktion um die politische Macht. Und diese können sie nur führen, wenn sie sich betriebsweise in Unionen organisieren, in denen sie selbst bestimmen.

## Mit Flugzeugbomben gegen Streikende

In Providence im Staate Kentucky streiken seit April 4. J. die Kohlenräber, während die Gewerkschaften rüthmiger arbeiten lassen und die Kundtschaft des Providence-Zechenkapitals mit Kohlen versorgen. Diese Einheitsfront-Zwecken Gewerkschaften und Zechenkapital hat die ganze Bevölkerung der Gegend auf die Seite der Streikenden gebracht.

Das ist dem Zechenkapital ein Dorn im Auge. Also kaufen sie aus der Chicagoer „Unterwelt“ sich Leute, gehen ihnen ein paar Tausende und ein Flugzeug und heißen „Bomben“ auf die Gruben abwerfen, die „zum Glück nicht explodierten“, die nicht explodieren konnten, denn es waren — Steine. Und so geschah ebenfalls „zum Glück“ den streikenden Streikbrechern nichts. Weiter auf dem Felde, wo sich streikende Arbeiter befanden, da war's Ernst. Hier wurden wirkliche Bomben abgeworfen, die „große Löcher in die Erde rissen“ und eine Anzahl Streikende und auch Frauen und Kinder zusetzt und töteten.

Soweit ist das nun im Dollarparadies nichts Ungewöhnliches. Die neue Faktik des USA-Zechenkapitals liegt aber darin, daß es die Flugzeugverbrechen den — Streikenden anhängt! Die Streikbrecher-Anstalten drahlen es in die ganze Welt, daß die „wilden Streiker“ mit Flugzeugbomben gegen das unschuldige Zechenkapital vorgehen und ihre eigenen Genossen wegsen. Die Perfide wird ihre Wirkung nicht verlieren. Schon weisen die Presseartikel der Weimarer Koalition in Deutschland darauf hin, was Arbeiter für sie, die sich nicht durch die Gewerkschaftsdisziplin zu willenslosen Sklaven und Streikbrechern degradieren lassen.

## Bücher-Ecke

- Neue Bücher.  
21 Monate Hermann-Müller-Regierung, 480 S., brosch. 4.— Mk. Johannes Becher, Grane Kolonnen (Neuauflage), 90 Seiten, kart. 1.— Mk. Ilya Ehrenburg, Das Leben der Autos (Roman), 284 S., brosch. 3,50 Mk., Leinen 5,50 Mk. H. v. Eckardt, Die Provinzen der Weltwirtschaft u. Welt-politik, Leinen 30.— Mk. G. Oringo, Der Fünfjahrplan der Sowjetunion, 296 S., brosch. 3,50 Mk., Leinen 5.— Mk. Marx-Engels, Kritiken der sozialdemokratischen Programm-entwürfe von 1875 u. 1891, 2. Aufl., 148 S., brosch. 1,20 Mk. Marx-Engels-Werke (Gesamtausgabe), 1. Abt., 2. Bd., Friedrich Engels; Werke und Schriften bis Anfang 1844, nebst Briefen und Dokumenten, 690 Seiten, Leinen 18.— Mk. Marx-Lassalle, Unter Anklage des Hochverrats, 120 S., illustriert brosch. 2,50 Mk., Leinen 3,50 Mk. Michael Scholochow, Der stille Don, 2. Buch Krieg u. Revolution (Roman), 550 S., brosch. 5.— Mk., Leinen 7.— Mk. Leo Trotzki, Die permanente Revolution, 168 S., kart. 3,50 Mk. Carl Vogt, Aufzeichnungen und Bemerkungen eines Pariers, 328 S., kart. 3,50 Mk., Leinen 5.— Mk.

Zu beziehen durch: Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

## Organisatorische Mitteilungen

### Groß-Berlin

Versammlungsankündigungen.  
3. Bezirk, Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Mal-plaquetstr. 24.  
6. Bezirk, Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gt-schmerstraße 88.  
14. Bezirk, Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Neumann, Kirchhofstraße 5.  
18. Bezirk, Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Nieder-schöneweide, Brückenstr. 3.  
17. Bezirk, Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Woritzer, Orlitzstr. 38.

### Berlin

Achtung! Organisations!  
Wir verweisen an dieser Stelle noch besonders auf die neue Antrittsliste des GHA, welche im letzten Rundschreiben (August) mitgeteilt wurde.

GHA.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin, Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonand, Berlin O 17.

### Bestellort

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellschein ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Strasse:

# Arbeiterliteratur

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, August 1930.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,85 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## Unsichtbarer Preisabbau

Die Weimarer Verfassung, von den Sozialdemokraten als das höchste der Gefühle verehrt und bewundernswürdig, ist ein buntscheckiges Ding von Kuriositäten, um den Proleten blauen Dunst vorzumachen. Eine Stelle lautet: „Eigentum verpflichtet“. Die Verpflichtung besteht in der ungemehnten Ausbeutung. Aber diese Bestimmung hat nicht verhüten können, daß das Eigentum in seinen Grundfesten erschüttert wird. Eine Weltwirtschaftskrise von nie gekanntem Ausmaß offenbart den ganzen Widerspruch der Ordnung mit ihrer Verfassung, aber auch die ganze Tiefe der Verelendung, in die das Proletariat geschleudert wird.

An und für sich gehören die Krisen zum normalen Bestand der Privatigentumsordnung. Sie gehören ebenso zum Fundament der Gesellschaft, als wie die Reichsbank und Armenhäuser. In den früheren Zeiten wurden die Krisen, nachdem durch Erschließung neuer Märkte ein Teil der Werte abgeflossen, oder durch Senkung der Preise vernichtet waren, langsam überwunden und eine neue Hausse löste sie ab. Heute liegen die Dinge anders. Die Szene hat gründlich gewechselt. Durch den Krieg sind die ehemals sehr unbegrenzten Absatzgebiete industrialisiert worden. Der Markt ist durch die Steigerung der Produktivität relativ verkleinert worden. Auch hat die Entwicklung des Kapitalismus zu riesigen Mammutbetrieben geführt, deren wirtschaftliche Vormachtstellung ihnen ein Monopol sichert. In Trust und Kartellen wurde die Wirtschaftsmacht zur Festsetzung von Preisen und Kontingierung der Produktion ausgenutzt und das freie Spiel der Kräfte gebunden.

Die arbeitgemeinschaftlichen Schwärmer sehen in diesen großindustriellen Interessengruppen mit ihren diktatorischen Maßnahmen die Entwicklung zum „organisierten Kapitalismus“, der durch planmäßiges Wirtschaften die Widersprüche der Produktion und die Katastrophen auf dem Märkte vermeiden oder doch deren Wirkung mindern würde. Die Auffassung von organisierten, krisenlosen Kapitalismus ist die Preisgabe des Sozialismus. Sie hat keine ökonomische Grundlage. Dieser Utopismus ist durch den weltwirtschaftlichen Zusammenbruch in tausend Fetzen geschlagen worden. Weit davon entfernt, daß die Monopolisierung mit ihrer Preisgestaltung einen organisierten Kapitalismus schafft, wird der frühere normale Verlauf der Vorkriegskrise durch sie in ihrem Ablauf gehemmt. Denn sie verhindert das Sinken der Preise. Dazu kommt noch, daß eine ausgesprochene großindustrielle Schützpolitik die Ausgleichung der hohen Inlandpreise an die viel niedrigeren Weltmarktpreise verhindert. Der Monopolkapitalismus wird zur Periode, der von kurzen Intervallen unterbrochenen Dauerkrise.

Die Krise in der Wirtschaft hat der Hermann-Müller-Regierung das Genick gebrochen. Obgleich die Sozialdemokratie bis zum letzten Augenblick die ungeheuerlichsten Massenbelastungen einleitete und durchzuführen bereit war. Eine starke Fraktionsminderheit wollte selbst die Kopfsteuer schlucken. In Fortführung der Müllerschen Finanzpolitik und mit Hilfe der Demokratie als Verfassungsbruch, versucht das „Frontsoldaten“-Kabinet Brining die Wirtschaft anzukurbeln. Unter dem Schlagwort: „Senkung der Selbstkosten“, geht das Unternehmertum zur Lohn-abbau-Offensive vor. Die Machtmittel des Staates schießen ganz auf ihrer Seite. Im Oeynhausener Schicksalgeschick hat sich die Hungerregierung selbstverständlich auf den Standpunkt des Kapitals gestellt. Nur Narren oder Betrüger können darüber meinen. Um den Proletariat das Opfer schmackhaft zu machen, hat sie die Parole des Preisabbaus herausgegeben.

Die Kartellierungen und Preisbindungen haben eine große Spanne zwischen den Gesteuerungskosten und dem Verkaufspreis erzeugt. Riesige Gewinne werden so aus den Knochen der Arbeiter geschunden. Die Frucht des „organisierten“ deutschen Kapitalismus ist nicht nur eine furchtbare Krise, sondern seine Preise liegen hoch über dem Weltmarktpreis. So kostet z. B. ein Doppelzentner Zucker auf dem Weltmarkt 16 Mark, während in Deutschland der Doppelzentner ohne Steuer und Sack ab Magdeburg 41 Mark kostet. Das Kabinet Brining will nun seine diktatorischen Notverordnungen gegen die Arbeiter damit decken, daß es von Reichswirtschaftsrat ein Gutachten über die Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen einfordert. Der Wechselbalg von Reichswirtschaftsrat, in dem auch die Gewerkschaften vertreten sind, wollte es mit keiner Interessengruppe verderben, weil er aus Interessenten besteht. Und so kam denn auch nach langem Krakehl darüber, wer der Betrüger und der Betrogene sein soll, der lungenschwundliche Vorschlag heraus, die Preise einiger Markenartikel herabzusetzen.

## Die Hindenburg

Die Kämpfer um die „Demokratie“ haben die funkel-nagelneue Entdeckung gemacht, daß die „Reaktion“ das Hauptziel dieser Republik „mißbrauchen“, um es zum Mittelpunkt der Front der Feinde dieser Republik zu machen. Sie „entlarven“ diesen „Mißbrauch“ nach allen Regeln der parlamentarischen Kunst, und versuchen krampfhaft das Oberhaupt der Republik als verführten Trottel zu entschuldigen, der falsch informiert sei, und hoffen, daß er sehr bald diesen Mißbrauch mit seiner Partei entdecken, und Freunde und Feinde dieser Republik unterscheiden lernen wird.

Dem deutschen Wähler kann man einen solchen Bären getrost aufbinden. Was kann man dem deutschen Arbeiter- und Kleinbürger wohl nicht aufstischen? Keiner von den „Linken“ ist so „taktisch unglücklich“, das lächerlich-freche Manöver einer dummsatt-frechen Bonzokratie aufzudecken, und auszusprechen, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften nicht so „offen“ zu Hindenburg gehen können, als bei dem „Aufbruch der Nation“. Das aussprechen würde bedeuten, daß die „Einheit der Partei“ als die arbeitgemeinschaftliche Brücke zwischen Kapital und Arbeit dient, und in der Epoche der ausgewogenen Krise wieder einmal zur „Rettung der Nation“ führen muß, vor dem inneren Feind.

Es ist eine parlamentarische Spitzenleistung, die „Reaktion“ als die Staatsretter hinzustellen, die mit dem Artikel 48 der Verfassung den Anfang machten, um diese Verfassung mit ihrer eigenen Logik zu erschüttern. Das Zentrum rechnet sehr ausführlich an konkreten Beispielen auf, daß der erste Präsident der Republik, Ebert, recht und vorbildlich demonstrierte, wie man mit Artikel 48 der Verfassung die „Demokratie“ außer Kraft setzt. In dieser Situation, als die Sozialdemokratie für ihre Ministeressel kämpfte, war natürlich der „Ausnahmestandard“ gerechtfertigt. Und die Sozialdemokratie posierte durch ihren Magdeburger Parteitag größtmöglich in die Welt hinaus, daß, wenn die Diktatur „unvermeidlich“ sei, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die Diktatur „ausüben“ würden. Sie bekannten sich nach der Praxis der glorreichen sozialdemokratischen Regierungsherrlichkeit ausdrücklich im Prinzip zu dem, was die Hindenburg praktisch tun.

Ein Unterschied ist, der, daß mit der Stabilisierung der politischen Macht der Bourgeoisie die „Teilung“ der Macht mit den „Arbeiterorganisationen“ nicht mehr notwendig ist. Ihre Rolle ist erfüllt. Sie haben diese Verfassung als das demonstriert, was sie ist: als einen lächerlichen Firlefanz, hinter dem sich die Diktatur des Kapitals so lange wie möglich verbirgt.

Es gilt klar auszusprechen, daß die Bourgeoisie diese Narrenkappe nicht aus eitel Freude zerfetzt. Dahinter steckt der Zwang, der aus den ökonomischen Verhältnissen wächst. Die Bourgeoisie muß noch manche Millionen Menschen umbringen, um die Krise in ihrem Sinne zu verschleppen. Diese Millionen Ueberflüssiger halten weiteren Millionen ihr zukünftiges Schicksal vor Augen. Der aufgerissene soziale Abgrund, die in diesem Abgrund Verkommenden und durch den Abbau neu Hineingeschleuderten halten die noch in der Profitmühle Schwitzenden in Angst. Die Bourgeoisie „meistert“ die Krisen mit Hungertod, Zuchthaus und Lüge. Sie sieht die Gefahr der verzweifelten Aufbäumung der Millionen, und formiert ihre Reihen zum offenen Krieg, zum Krieg auf Leben und Tod.

Diese Empfehlung ist das glückliche Eingeständnis völliger Machtlosigkeit. Auch die Verknüpfung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung, um durch bedingte Vergebung von Lieferungen an die Industrie eine Bresche in das Preisniveau zu schlagen, führt nicht zur Senkung der Preise, wohl aber der Löhne.

Regierung und Reichswirtschaftsrat denken natürlich nicht im geringsten daran, irgendwie grundsätzlichen die Monopolprofite des

stillen Handels und der Industrie zu beschneiden. Sie sind beide gegen eine allgemeine Aufhebung sämtlicher Preisbindungen. Der Reichswirtschaftsrat fordert nur von der Regierung, ihn sobald als möglich diejenigen Fälle mitzuteilen, in denen sie auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen, eine unwirtschaftliche Hochhaltung gebundener Preise zu sehen glaubt.“ Der Wirtschaftsrat ist ein ausgewachsener Kapitalknecht, und seine Politik ist stockreaktionär. Sie soll im Augenblick dazu dienen, eine

die realen Klassenkräfte zerreißten das verlogene Papier von Verfassung, entlarven die Lüge von der „Herrschaft des Volkes“. Die „Verfassung“ verwandelt sich zur „gesetzlichen“ Handhabe für den weißen Terror.

In diesem Sinne liegen die „Umgruppierungen“ der Parteien. Der Streit ist nicht der, ob die Millionen verrecken müssen oder nicht, sondern der, ob das Risiko, diese Verfassung als einen lächerlichen Wisch zu entlarven, nicht doch so riskant ist. Die Vertreter der „Demokratie“ haben Angst, daß das Proletariat stutzig wird, wenn ihm die Religion von der Demokratie nicht erhalten bleibt.